

29. Januar 2020

Nr.026/2020

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

**Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen / Beauftragter
der Bundesregierung fordert ‚Pakt gegen Missbrauch‘**

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,

Christian Baldauf / Anke Beilstein: Landesregierung muss Initiativen zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt intensivieren

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

„Wir verurteilen sexualisierte Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen aufs Schärfste und unterstützen jede Initiative und jedes Konzept zum Schutz unserer Kinder“, erklären der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, sowie die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Anke Beilstein, heute in Mainz. Die beiden Abgeordneten fordern Bildungsministerin Hubig – die zugleich Präsidentin der Kultusministerkonferenz ist – auf, die Vorschläge des Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung für mehr Engagement gegen Kindesmissbrauch ernst zu nehmen und umzusetzen. Der Missbrauchsbeauftragte Rörig hat gestern ‚die maximale Reduzierung der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche‘ gefordert.

Anke Beilstein: „Vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Fälle von sexualisierter Gewalt gegenüber minderjährigen Schülerinnen in Rheinland-Pfalz und im Vorfeld der Sondersitzung des Bildungsausschusses am Freitag muss Frau Hubig dringend aktiv werden. Schulen erfüllen nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern sie sind auch dem Kinderschutz verpflichtet. Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung regt an, dass die Länder ihre Schulgesetze ändern – wir unterstützen diese Idee. Herr Rörig schlägt vor, dass alle Einrichtungen, denen Kinder anvertraut sind, künftig gesetzlich zur Entwicklung und Anwendung von Schutzkonzepten gegen sexuellen Missbrauch verpflichtet werden sollen. Aufgrund der Brisanz und Aktualität des Themas im Land, muss die Bildungsministerin sich dieser Sache sofort annehmen und den Schutz von Kindern gegenüber sexuellen Übergriffen sofort prioritär angehen.“

Christian Baldauf: „Im gesellschaftlichen Umgang mit sexueller Gewalt darf es grundsätzlich keine Unklarheiten geben. Es ist unser aller Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Bildungsministerin Hubig muss nun raus an die Schulen im Land. ‚Aufklären statt wegsehen‘ muss die Devise sein. Es ist Aufgabe der Landesregierung, für das Thema zu sensibilisieren und den Einrichtungen im Land unterstützend zur Seite stehen. Die rheinland-pfälzischen Fälle von sexualisierter Gewalt von Lehrern gegenüber minderjährigen Schülerinnen werden wir aufklären.“

Das Bildungsministerium um Frau Hubig ist in der Pflicht. Fakt ist: Schule war stets ein Ort des Schutzes für unsere Kinder. Das muss Schule auch zukünftig bleiben.“